

und damit volle Modernität für sich beansprucht. Doch der Freiheitsbegriff richtet sich auch nach innen, er schließt die Reihen rund um eine neue Ideologie: »Freiheit für alle ist der Pfeiler unseres Projekts. Von der Erziehung bis zum Bewusstsein, von der Information bis zur Gesundheit. Diese Partei wird sich nie vor der Freiheit fürchten und den Bürgern nie eine Politik anbieten, die sich vor der Freiheit fürchtet«, so Aznar (1990: 24). Diese Verpflichtung auf das Freiheitsaxiom lässt sich auch als subtile Warnung nach innen lesen, es richtet sich gegen parteiinterne Nostalgiker des Franco-Regimes sowie Demokratieskeptiker. Der PP muss zu einer neuen Rechten werden, er muss sich, wie Aznar (1995: 243) einige Jahre später pointiert, in ein »junges, großes und modernes Zentrumsprojekt« verwandeln, das nicht mehr in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft blickt.

Mit der Neugründung als *Partido Popular* verpflichten sich, so bleibt festzuhalten, die Konservativen ab 1990 auf die Modernisierung Spaniens. Das Franco-Regime wird für sie endgültig zur Vergangenheit. Der PP blickt in die Zukunft, er möchte das politische System regenerieren, den Esprit der Transition revitalisieren und tiefgreifende Reformen angehen. Nach Aznar muss der PP abschließen, was der PSOE begann, ohne es zu vollenden: die gesellschaftliche Modernisierung. Die Konservativen werden zur Fortschrittspartei, die zwar die Sozialisten kritisiert, *de facto* aber fast gleichartigen Modernisierungsidealen folgt. PP und PSOE stehen beide für eine (neo-)liberale Wirtschaftspolitik, sie plädieren für ideologische Mäßigung, verteidigen die Verfassung und wollen Spanien in Westeuropa integrieren. Ihre Konfrontation erklärt sich eher durch ihre Ursprünge – Franco-Regime versus Opposition – als durch ihre konkret realisierte Politik. Diese Links-rechts-Konvergenz soll sich in den Zukunftsdekaden stabilisieren und dazu beitragen, ein imperfektes Zweiparteiensystem von PP und PSOE zu errichten. Doch was für Konsequenzen entfaltet der von beiden Volksparteien artikulierten Diskurs der Modernisierung für die Gesellschaft, nicht zuletzt für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen?

2.4 Verdrängt: das Proletariat und der Konflikt

Die Modernisierung Spaniens wurde bisher als politischer Diskurs im engen Sinne dargestellt. Doch die Knotenpunkte von Liberalisierung, Marktöffnung und industriellem Abbau sozialstaatlicher sind mehr als entbettete Narrative. Sie kristallisieren in politische Entscheidungen, die Spanien verändern. Die gesellschaftlichen Folgen der von den regierenden Sozialisten vorangetriebenen Modernisierungspolitik werden in der Studie »Padres-Hijos. Dos generaciones de trabajadores españoles« (Vater-Söhne. Zwei Generationen spanischer Arbeiter) des US-amerikanischen Soziologen James Petras eindrücklich beschrieben.²⁰ Petras kommt 1995 als Gastwissenschaftler der öffentlichen

20 Die Schriften Petras sind ein äußerst kontrovers zu betrachten. War er zwischen den 1970er und 1990er Jahren ein zwar linker, doch akademisch durchaus anerkannter Sozialwissenschaftler, so nahm er spätestens ab 2006 mit der Monographie »The Power of Israel in the United States« Positionen ein, die manifest antizionistisch und antisemitisch geprägt waren. Seither sind Petras' Positionen immer weiter nach rechts abgedriftet und offenbaren eine eigenartige Melange von Elitenkritik, Antisemitismus, Antiimperialismus und Neonationalismus.

Forschungseinrichtung CSIC mit dem Auftrag nach Spanien, die sozialstrukturellen Wirkungen der Wirtschaftspolitik der PSOE-Regierung zu untersuchen. Die kritischen Ergebnisse von Petras führen aber dazu, dass der CSIC vor der Veröffentlichung zurückschreckt und die linksalternative Zeitschrift *Ajoblanco* den Text 1996 in einer Sonderausgabe publiziert (vgl. als Kontextualisierung: Maestu/Gastaldi 2018). Die als Petras-Bericht bekannte Studie zeichnet sich durch ihre qualitative Grundierung aus. In 20 Leitfadeninterviews erforscht Petras die Lebensverhältnisse von zwei Arbeitergenerationen. Er vergleicht die ältere Generation, die in den 1960er und 1970er Jahren arbeitete, mit der jüngeren Generation, die Ende der 1980er Jahre auf den Arbeitsmarkt kommt.

Im Folgenden lenke ich meine Aufmerksamkeit auf die Interviews, die der Bericht von Petras in seinem Anhang enthält. Es sind acht Zeugnisse männlicher Industriearbeiter, die größtenteils im Arbeiterquartier *Zona Franca* in Barcelona leben.²¹ Die Interviews geben aussagekräftig Auskunft über die Lebensverhältnisse der spanischen Arbeiter nach der sozialistischen Reform- und Modernisierungspolitik. Zunächst gehe ich auf die älteren Arbeiter und ihren Rückblick auf die 1970er und 1980er Jahre ein. Zwar sind alle in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen, zugleich sind alle durch starke Solidaritätserfahrungen geprägt. Exemplarisch dafür steht das Zeugnis Julios (49 Jahre): »Wir lebten in einem Viertel der Arbeiterklasse. Die Leute setzten sich auf die Treppen und teilten das Essen mit ihren Nachbarn. Ich wuchs in einer Großfamilie auf, mit Tanten, Onkel und Großeltern. Zudem hatte ich im Viertel viele Freunde.« (Petras 1996: 41) Die Interviewten unterstreichen, dass in den 1970er Jahren an ihren Wohn- und Arbeitsorten starke Solidaritätsbände gepflegt wurden. »Die Stadt und die Quartiere unterstützten die lokalen Streiks. Sogar die Kleinunternehmer unterstützten die Arbeiterklasse. Ich fühlte mich als Arbeiter« (ebd.: 40), so stellt es der 52-jährige Manuel dar. Während der Nachkriegszeit und bis in die Transition hinein bestand, so der Bericht, in der *Zona Franca* ein proletarisches Klassenbewusstsein. Die Arbeiter beriefen sich selbstbewusst auf ihre gemeinsame Identität als Proletarier. Dazu gehörten starke Freundschaftsbeziehungen am Arbeitsplatz, Engagement in Gewerkschaften, Sport- und Nachbarschaftsvereinen und Parteien. Alle Interviewten messen der politischen Organisation eine starke Bedeutung zu. Im Rückblick sind sich die älteren Interviewpartner einig, dass Verbesserungen in ihren Lebens- und Arbeitsverhältnissen *politisch* erfochten wurden. Rafael (53 Jahre) stellt seine Erfahrungen dar:

Neben der Gewerkschaft war ich zwischen 1974 und 1988 im Eltern- und Schülerverein sehr aktiv. Drei Jahre lang war ich ihr Präsident. Ich nahm auch an der Kommunalpolitik teil. In jener Zeit beteiligte ich mich stärker im Nachbarschaftsverein als in der Gewerkschaft.

Ich war immer Teil des Nachbarschaftsvereins. Wir formulierten Forderungen, um kompetentere Lehrer zu bekommen und die Schulgebäude zu renovieren. Zudem un-

21 Auf das Quartier *Zona Franca* kommt das ethnographische Kapitel IV erneut zurück. Es wird sich zeigen, dass die dortige Empörtenversammlung ab 2011 – und ab 2014 das linke Vereinshaus *Ateneu L'Engranatge* – das politische Vakuum besetzt, das der Petras-Bericht in den 1990er Jahren bescheinigt. Bezeichnenderweise beteiligen sich an den untersuchten Initiativen etliche Senioren, die sich in den 1970er und 1980er Jahren politisch engagierten.

terstützten wir einen Sport- und Freizeitverein. Als meine Kinder die Schule abschlossen, begann ich, mich bei meiner Arbeit im Betriebsrat zu engagieren. (Ebd.: 45)

Das Zeugnis Rafaels versinnbildlicht die politisierte Stimmung der Transitionsjahre. Der Interviewte engagierte sich damals übergreifend an Gewerkschaften, Elternvereinen und Nachbarschaftsvereinen. Petras' Interviews zeigen, dass der Willen zur Gesellschaftsveränderung besonders ausgeprägt war, als die politischen Verhältnisse unsicher waren, also in den letzten Jahren des Franquismus und den ersten der Demokratie. Tatsächlich verbessert sich mit der Stabilisierung der neuen Ordnung auch die Lebenssituation der Interviewten. Feste Arbeitsstellen, steigende Löhne und das generelle Wohlstandswachstum sorgen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse in der Zona Franca. Daraus folgen auch Individualisierung und Konsumorientierung. Die Interviewten heben hervor, dass sie die Kleinfamilie zusehends zu ihrem Bezugspunkt machen, das politische Engagement wird unwichtiger. Die neuen Lebenswirklichkeiten sind, so Rafael, ambivalent: »Unsere Lebensform hat sich verändert. Unsere Löhne führen dazu, dass wir uns bequem fühlen. Die Drogen und die Arbeitslosigkeit haben zugenommen. Es sind neue Probleme entstanden, es ist jedoch schwierig geworden, die Nachbarschaft einzubinden.« (Ebd.) Zudem entwickeln die Älteren ein zwiespältiges Verhältnis zu ihrem Beruf. Sie verstehen die Technisierung der Arbeitsabläufe nicht, beklagen die abnehmende Solidarität am Arbeitsplatz und finden, dass sich die Jüngeren zu wenig engagieren und ein zu geringes politisches Bewusstsein haben.

Die jüngere Generation stets ihrerseits vor neuen Herausforderungen. Ihre Lebensverhältnisse sind weit prekärer als die der Vorgängergeneration. Sie hangeln sich oft von Job zu Job, identifizieren sich nur noch wenig mit ihrem Arbeitsplatz. »1990/1991 unterschrieb ich meinen ersten sechsmonatigen Vertrag beim Automobilhersteller SEAT. Jetzt bekomme ich Arbeitslosengeld. Mit dem befristeten Vertrag verdiente ich dasselbe wie ein Festangestellter, aber es war viel leichter, mich zu entlassen«, so der 23-jährige Enrique (ebd.: 38). Für die 20-Jährigen sind befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Flexibilität zur Normalität geworden. Die jüngere Generation reagiert darauf weniger mit politischem Engagement, wie es die Vorgängergeneration tat, als vielmehr mit Zynismus und dem Rückzug in den Kreis der Familie sowie besonders der Freunde. Letztere finden sie nicht mehr vorwiegend bei der Arbeit, sondern im Viertel und in der Freizeit. »Mein Freundeskreis beginnt, wenn ich mit der Arbeit fertig bin, außerhalb von SEAT. [...] Ich vertraue meinen Freunden außerhalb der Arbeit mehr als meinen Arbeitskollegen. Wenn wir in der Freizeit Aktivitäten organisieren, erzähle ich den Kollegen davon nichts«, berichtet Carlos (ebd.: 36f.). Flexibilisierung und Prekarisierung schaffen bei den Jungen ein instrumentelles Verhältnis zum Beruf. Er ist für sie ein bloßes Mittel der Existenzsicherung, die Betriebskultur der älteren Generation leben sie nicht mehr. Politische Organisation am Arbeitsplatz ist für sie unwichtiger. Die Jüngeren fühlen sich gegenüber den Gewerkschaften entfremdet, betrachten sie als Interessenvertretungen der Älteren. Einer von ihnen beklagt: »Meine Kinder, für die wir ja streikten, nahmen nicht am Streik teil. Dort wo mein Sohn arbeitet, wurde anfangs zwar für den Streik gestimmt. Doch dann fragte man den Chef – und danach entschied man, nicht zu streiken.« (Ebd.: 44)

Nun ist die junge Generation nicht schlicht unpolitisch. Sie diagnostiziert präzise die hohe Fluktuation und die dadurch bedingte geringe Kohäsion in der Belegschaft. Die Interviewten sind sich darüber bewusst, dass vor allem bei den Jüngeren eine hohe Individualisierung besteht, was die Erosion der Arbeitsverhältnisse beschleunigt. Aber ihre Reaktion ist nicht Engagement, sondern *Verdrossenheit*. Seine Generation hege, so Enrique (23 Jahre), weder einen langfristigen Lebensentwurf noch einen Wunsch zur Gesellschaftsveränderung:

Während ich arbeite, ist der Lohn meine einzige Sorge. Weder bin ich der Fabrik gegenüber loyal, noch ist sie mir wichtig. [...] Für die Zukunft habe ich wenig Arbeitsperspektiven: 60.000 Peseten [360 €] ohne Sozialversicherung, das ist etwas für 18-Jährige oder Bitterarme. Ich könnte mir vorstellen, für 100.000 Peseten [600 €] arbeiten, sogar für 90.000. Derzeit schlage ich die Zeit in der Kneipe tot und gehe Feiern, bis mir das Arbeitslosengeld ausgeht. Ich möchte nicht an die Zukunft denken oder an das, was ich mit 30 machen werde. Jetzt möchte ich leben und mich nicht um die Zukunft sorgen. (Ebd.: 38f.)

Schlechte Löhne, befristete Verträge, das vorherrschende »Modell des schweren Einstiegs und leichten Rauswurfs« fördern bei den unter 30-Jährigen ein instrumentelles Verhältnis zur Arbeit (ebd.). Sie dient ausschließlich dem Zweck des Geldverdienens. Befriedigung wird dagegen, so Enrique, in der Freizeit gesucht, besonders im Konsum und Nachtleben. Junge Männer wie Enrique führen ein individualisiertes Leben. Waren die Älteren noch stark in Gemeinschaften eingebunden – bei der Arbeit, im Quartier oder in kollektiven Freizeitaktivitäten –, so verstehen die Jungen ihren Lebenslauf als ein vornehmlich persönliches Schicksal. Sie kämpfen sich allein durch ihren Alltag, nur im Ausnahmefall tun sie sich mit anderen zusammen, um ihre Probleme zu lösen. Die Zukunft spielt keine Rolle.

Zwischen der älteren und der jüngeren Arbeitergeneration tut sich ein doppelt materieller *und* kultureller Bruch auf. Während die Älteren sichere Arbeitsverhältnisse innehatten und ein hohes Maß an Gemeinschaftsengagement besaßen, lavieren sich die Jüngeren durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und führen ein vereinzelt Leben, sie sind auf sich und ihre Familien gestellt. Dieser Generationsbruch hängt maßgeblich mit der Gesetzgebung der PSOE-Regierung zusammen. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen, der Abbau der Industrie und die Förderung des Dienstleistungssektors führten ab Mitte der 1980er Jahre zu einer deutlichen Abnahme von Normalarbeitsverhältnissen – vor allem für Berufseinsteigerinnen (vgl. Ysàs 2011: 45). Für sie haben sich gegenüber der Vorgängergeneration die Arbeitsverhältnisse grundsätzlich verschlechtert. Der Qualitätsverlust der Arbeit wird flankiert durch eine Tendenz zur Individualisierung. Die junge Generation lebt ein Leben nach individualistischen Prämissen. Dies erschwert es zusätzlich, der Prekarisierung im Beruf durch kollektive Organisation entgegenzutreten.

Spaniens Modernisierung ist folglich für seine Arbeiterklasse auch eine Zeit der *Entsolidarisierung*. Der 38-jährige Ramón hält fest, wie sich im Übergang von der Diktatur zur Demokratie die gesellschaftliche Stimmung veränderte:

Mit Franco gab es Angst, vor allem gegenüber der Repression. Aber dank der Arbeitersolidarität waren die Leute stark. Der Markt ist heute fast grausamer als Franco: Die Arbeiter kämpfen nun gegeneinander. Heute gibt es mehr Angst, alles zu verlieren, als damals, im Kampf gegen die Diktatur [...] Zwischen den Arbeitslosen herrscht heute eine Stimmung vor... Man kehrt den Problemen den Rücken, trinkt ein Bier und raucht eine Kippe. (Petras 1996: 48)

Im Zeugnis Ramons geht die Demokratie nicht mit einem Wohlstandsgewinn einher, sondern führt zu einer konstitutiven *Verunsicherung*. Und paradoxerweise war es gerade eine sozialistische Regierung, die in ihrer langen Amtszeit von 1982 bis 1996 der Prekarisierung der Arbeiterklasse nicht nur nicht entgegentrat, sondern sie mit wirtschaftsliberalem Pathos erst hervorbrachte und dann weiter forcierte. Und dennoch wäre es vermessen, diese Entwicklung ausschließlich auf die Entscheidungen der PSOE-Regierungen von González zurückzuführen. Die beschleunigte Modernisierung Spaniens und ihre Folgeerscheinungen werden bedingt durch die Fortschrittssehnsüchte einer ganzen Gesellschaft (dazu gleich: Kap. II.3.a).

Die vorbildliche Transition? Literarische Beobachtungen des spanischen Senats Ergänzend zur sozialstrukturellen Schattenseite der spanischen Modernisierung ist auf einer engeren politischen Ebene ein zweiter Kontrapunkt zum *grand narrative* der Kultur der Transition zu setzen. In der hegemonialen Selbstbeschreibung ist die Transition ein weitgehend harmonischer Prozess, der als Modell für die späteren Demokratisierungswellen in Lateinamerika und Osteuropa fungiert. In der Formel »vom Recht zum Recht über das Recht« verdichtete der sogenannte Architekt der Transition, Präsident Adolfo Suárez (1976–1981) das Ideal einer *betreuten Volkssouveränität*, also einer Demokratie, die organisch aus dem franquistischen Staatsapparat erwuchs, ohne dessen Grundlegitimität in Frage zu stellen. Der friedliche Übergang zu einem demokratischen Regime geschah dank den vereinigten Bemühungen aller moderaten Kräfte, er verdankte sich jenem Wert, den der sozialistische Verfassungsvater Gregorio Peces-Barba als *Konsens* aller gewichtigen politischen Akteure verteidigte.

Doch zur Mythisierung der mustergültigen Transition gibt es auch Gegenstimmen. Im Folgenden stelle ich ein Zeugnis vor, das die Selbstbeschreibung der Transitionskultur mittels einer fast schon ethnographischen Beobachterposition dekonstruiert. »Un charnego en el senado« (sinngemäß: Ein Fremder im Senat) ist der Bericht des Schriftstellers Francesc Candel über seine zweijährige Amtszeit (1977/1978) als Abgeordneter des linkskatalanistischen Bündnisses *Entesa dels Catalans* (Einverständnis der Katalanen) im Senat, Spaniens zweiter Kammer.²² Der »Gründungsmythos von 1978« erscheint durch

22 »Paco« Candel (1925–2007) war eine hochinteressante Gestalt. Als Sohn einer Einwandererfamilie aus València würdigte er in seinen Schriften, das andere, weniger bürgerliche als vielmehr proletarische und kulturell hybride Katalonien. So griff er den Begriff *Charnego*, auf Katalanisch *Xarnego*, auf, mit dem die innerspanischen Migrantinnen in Katalonien pejorativ bezeichnet wurden (und werden). Er wertete diesen Begriff auf, um die Lebenswirklichkeit jener zu würdigen, die Katalanen waren, jedoch nicht als volle Katalanen behandelt wurden. Die Realität, die Candel beschreibt, bezieht er übrigens maßgeblich aus der schon genannten und noch ethnographisch zu untersuchenden Zona Franca – dem Quartier Barcelonas, in dem er Zeit seines Lebens residierte.

die nüchterne Perspektive Candels in einem konfliktreicheren Licht, als dies die kanonischen Dokumente nahelegen.

Candels Ausführungen zum Entstehungskontext der Verfassung beschreiben eine unstete Atmosphäre, die geprägt ist von Gewalt, Unruhe und starken politischen Gegensätzen. Paradigmatisch dafür ist, dass am Tag der parlamentarischen Annahme der Verfassung (21.7.1978) die baskische Terrororganisation ETA drei Polizisten ermordet. Dies veranlasst Candel in seinem Tagebucheintrag dazu, Spaniens neues Grundgesetz lakonisch als »Verfassung des Todes« zu bezeichnen (Candel 1979: 361). Einige Monate später, im November 1978, nur wenige Wochen vor der Volksabstimmung über die neue Verfassung, wird dann ein Putschversuch des Militärs vereitelt. Er gilt angeblich nicht konkreten Regierungsoberhäuptern, sondern sucht den Regimewechsel als solchen zu verhindern: »Die aufgewiegelten Militärs wollten eben jenes Verfassungsreferendum abwenden, das wir verteidigten.« (Ebd.: 404)

Aber nicht nur der politische Kontext, in dem die Verfassung entsteht, ist für Candel alles andere als einträchtig. Auch die inhaltlichen Debatten rund um den Verfassungsentwurf sind brisant. Candel beschreibt die vielfachen Gesetzesänderungen, die im Senat eingereicht werden. Der Verfassungsentwurf wird von den unterschiedlichsten Lagern kritisiert. Der konservative Senator Camilo José Cela – ebenfalls ein Schriftsteller, indessen weit prominenter als Candel – reicht etwa einen Verfassungszusatz ein, in dem die Einheit Spaniens unterstrichen und den Regionen ihre Autonomie abgesprochen wird. »Die spanische Nation ist der spanische Staat«, mit diesem Diktum will Cela die Unauflösbarkeit des Staatsapparates in der Verfassung festhalten und betonen, dass auf spanischem Territorium nicht verschiedene Nationen – die katalanische, baskische, galizische und kastilische –, sondern nur eine einzige, die spanische, bestehe (ebd.: 364). Ein anderes Beispiel für eine konservative Gesetzesnovelle ist die Nennung Gottes als Grundlage des Staates. Sie lautet wörtlich: »Spanien würdigt Gott als das zentrale Fundament des Rechts und als transzendente Basis menschlicher Grundwerte.« (Ebd.: 366) Auch die politische Linke artikuliert relevante Verfassungsänderungen, etwa die Forderung eines umfassenderen Streikrechts (vgl. ebd.: 380) oder den Vorschlag, die Definition der Staatsform zu verändern, um konstitutionelle Monarchie durch parlamentarische Republik zu ersetzen (vgl. ebd.: 367). Die peripheren Nationalisten bringen ebenfalls etliche Verfassungsänderungen ein. Nach Candel verläuft die Diskussion rund um die Steuerhoheit des Baskenlandes und Navarras besonders virulent. Die baskischen Abgeordneten reichen einen ambitionierten Vorschlag ein, der die baskische Steuerautonomie noch weiter stärken soll. Im Senat wird diese Verfügung so heftig diskutiert, dass sich bei der Abstimmungen die beiden uneinigen Fraktionen, Basken und Konservative, gegenseitig boykottieren und schließlich (gemeinsam) den Plenarsaal verlassen (vgl. ebd.: 392).

Auf diese Weise porträtiert Candel eine hochpolitisierte Stimmung. Das kollektive Gedächtnis der *vergangenen Konflikte* – Bürgerkrieg, Repression und jahrzehntelange Diktatur – ist im Senat sehr präsent. Die kulturellen Gräben zwischen politischen Lagern macht Candel bereits an der Kleidungsweise der Parlamentarier fest. Die Abgeordneten der Zentrumsparterie UCD (die Partei von Suárez) kleiden sich wie moderne »Manager«, die der konservativen AP wirken »mit ihren schwarzen Anzügen wie Bestatter«, während die Sozialisten Krawatten meiden und »ihre Hemden stets offen tragen« (ebd.:

33f.). Auch die Verhaltensweisen gegenüber den politischen Gegnern können drastisch ausfallen. Candel beschreibt, wie linke Parlamentarier konservative Reden regelmäßig mit dem Ruf »Es lebe die Republik!« unterbrechen (ebd.: 368).

Während des Wahlkampfes vor dem Verfassungsreferendum am 6. Dezember 1978 bleiben diese Gräben präsent. Gerade das linke Lager begründet sein Votum für oder gegen die Verfassung mit der Erinnerung an Republik, Bürgerkrieg und Unterdrückung durch den Franquismus (vgl. ebd.: 409). Candel präsentiert etwa den Brief eines katalanistischen Politikers, Josep M. Trebat i Riba, der ihn darum bittet, die Verfassung abzulehnen, weil sie nicht die tausende Opfer rehabilitiere, die für die Freiheit Kataloniens gekämpft hatten und von der Diktatur hingerichtet worden waren. Für Trebat i Riba schafft die Verfassung hierzu keine Gerechtigkeit, sie schlägt sich geradewegs offen auf Seiten der Sieger. »Persönlich glaubte er [Trebat i Riba], dass der Bürgerkrieg noch nicht zu Ende sei«, so Candel (ebd.). Auch der Autor selbst mutmaßt, dass bei der Feier des Inkrafttretens der Verfassung die Ehrenparade von Militär und Polizei gewollt chaotisch verlief, um implizit den Unwillen der Streitkräfte vis-à-vis der neuen Staatsordnung kundzutun (vgl. ebd.: 428).

Wo bleibt hingegen die Intonierung des großen Konsenses als Epochenbruch? Tatsächlich spielt im Bericht Candels die Konsensstimmung eine wichtige Rolle. Doch bei ihm entfaltet der Konsens seine Prägekraft als ein politisches *Alltagsgeschehen*. Geht es um den Konsens als abstraktem Wert, so verspottet er diesen als leeres »Märchen« (ebd.: 383, 394, 403). Zugleich aber erkennt Candel an, dass der Konsens in der institutionellen Politik zu einem unerlässlichen Faktor geworden ist. Rechte wie linke Parlamentarierinnen sprechen nicht bloß von »der demokratischen Verfassung, von der Verfassung der Autonomen oder sonst wie«, sondern bezeichnen sie als die Verfassung der »generellen Übereinstimmung« (ebd.: 374). Candel hält fest, wie in den Parlamentsitzungen immer wieder mühselig Kompromisse errungen werden. Die Stimmung von Konfrontationen und Dissensen darf nicht verdecken, dass es in den zentralen Abstimmungen stets zu überwältigenden Mehrheiten für den Verfassungsentwurf kommt. Der PSOE etwa zwingt seine abtrünnigen Abgeordneten dazu, ihre inhaltlichen Bedenken beiseite zu schieben: »Obwohl seine Ideen [die des parteiinternen Kritikers] wegen dem vorherrschenden Konsens so oder so perspektivlos waren, ließen die Sozialisten nicht einmal zu, dass er sie im Plenarsaal vorstellte. Die sozialistische Fraktion drohte mit einer Diskreditierungskampagne, sollte der Kritiker starrsinnig bleiben.« (Ebd.: 380) Trotz aller Auseinandersetzungen nimmt der Senat die Verfassung äußerst deutlich an: 226 Abgeordnete stimmen für den Text, fünf lehnen ihn ab, acht enthalten sich (vgl. ebd.: 399).

Diese Konsensatmosphäre wiederholt sich beim Plebiszit über die Verfassung. Candel porträtiert einen Gewerkschafter, der in einer Wahlkampfreden für eine pragmatische Ja-Stimme wirbt. Für ihn sei die Verfassung weder die beste noch die fortschrittlichste noch die sozialste Grundordnung. Man habe aber der moderaten Rechten einiges abgerungen und einen übergreifenden Kompromiss erzielt. Mehr war nicht zu holen, die neue Verfassung sei nicht perfekt, doch, so der Gewerkschafter, gut genug (vgl. ebd.: 406). Candel teilt diese Haltung. Der Schriftsteller vergleicht die Verfassung mit einem Kamel (vgl. ebd.: 413f.). Seine Ziehväter hätten zwar ursprünglich ein schnelles und wendiges Pferd gewollt, am Ende aber partizipierten daran so viele und gegensätzliche Akteure, dass ein Kamel daraus geworden sei. Dieses Tier sei zwar weit weniger charmant

als ein Pferd, doch, und darauf kommt es nach Candel an, dafür umso widerstandsfähiger. Und gerade für die vielen Widrigkeiten, die nach 40 Jahren Diktatur die junge Demokratie zu erwarten habe, sei eine solche Resilienz überlebenswichtig (vgl. ebd.: 404). Die Kamel-Metapher verdeutlicht, wie Candel zum Konsensklima der späten 1970er Jahre steht. Er überhöht den Konsens nicht, er macht sich immer wieder über ihn lustig, doch er betrachtet ihn im Grunde als eine Notwendigkeit, so imperfekt er letztlich ausfallen möge.

Candel hat neben der politischen Sphäre die Stimmung in der Gesellschaft im Blick. Gerade der Wahlkampf im Vorfeld des Verfassungsreferendums ist für den Schriftsteller ernüchternd: Die Veranstaltungssäle blieben oft halbleer, die Stimmung sei verhalten, denn zu den Veranstaltungen kämen sowieso nur jene, die bereits von der *Constitución* überzeugt seien (vgl. ebd.: 407). Oft reißen radikale Gruppen die Wahlplakate für die Verfassung ab, auch das Publikum äußert oft Bedenken an gewissen Verfassungsgrundsätzen (vgl. ebd.: 414f.).

Spaniens neue Ordnung stehe, mutmaßt Candel, den einfachen Leuten fern. Paradigmatisch für das gesellschaftliche Desinteresse an der Verfassung war, dass die Wahlkampfdebatten »stets eine geringes Publikum aufwiesen« (ebd.: 415). Eine andere Stimmung beschreibt Candel dagegen dort, wo er gleichzeitig zum Wahlkampf für die neue *Constitución* eine Konferenz über kulturelle Themen hält: »Ich sprach [...] in Barcelona zu jungen Leuten über Urbanität, Einwanderung, Kommunikation, Vergnügen – viele Themen – und Drogen, Tabak, Alkohol... Die Leute passten gar nicht in den Saal, so voll war er, obwohl sie sogar Eintritt bezahlen mussten.« (Ebd.) So wichtig die Verfassung ist, für Candel steht fest, dass sie nicht von einer Welle der Begeisterung getragen wird. Besonders die jungen Generationen interessieren sich eher wenig für politische, aber umso mehr für kulturelle Fragen, die ihre Lebensrealität unmittelbarer tangieren. Der Schriftsteller (ebd.: 374) fragt sich: »Was war schon für uns die Verfassung? Was war schon die Verfassung für die *chamigos* [Fremden] inner- wie außerhalb des Senats, für die Bauern, Proleten, Ausgeschlossenen, Hinterbänkler und Außenseiter?«